

Stadt Frankfurt (Oder), PSF 1363, 15203 Frankfurt (Oder)

**Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion
DIE LINKE
Stadtverordneter
Herr Jörg Gleisenstein**

Für Ihre
persönliche
Rücksprache

Amt für Öffentliche Ordnung

Gebäude	Goepelstraße 38
Auskunft erteilt	Frau Wilczynski
Zimmer	3.116
Telefon 0335	552 3202
Telefax 0335	552 3298
E-Mail	Brnhilde.Wilczynski@frankfurt-oder.de
Aktenzeichen	
Personennummer	

Ihre Zeichen, Ihre Nachricht vom

Meine Zeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Datum

I-32-wil-ma

30.04.2013

**Anfrage 13/AFR/1686 des Stadtverordneten Herrn Jörg Gleisenstein
Bündnis 90 / Die Grünen, Fraktion DIE LINKE vom 29.04.2013
Rechtsextreme Konzerte in Frankfurt (Oder)
Hier: Stellungnahme des Dezernates I, Amt 32**

Zu Frage 1:

Wie bewertet die Verwaltung diese Aussagen des Verfassungsberichts und den Umstand, dass Frankfurt (Oder) als einer von wenigen Orten in Brandenburg aufgeführt wird, in dem solche Konzerte stattfinden?

Der Verwaltung liegen keine offiziellen Informationen seitens der Verfassungsschutzbehörde vor, dass 2012 erneut rechtsextremistische Veranstaltungen in Frankfurt (Oder) stattgefunden haben sollen. Das trifft auch auf den Verfassungsschutzbericht 2012 an sich zu.

Im Rahmen der Recherchen in Auswertung des Verfassungsschutzberichtes 2011 im Umfeld des vermeintlichen Veranstaltungsortes konnten bei den Anwohnern keine Wahrnehmungen dokumentiert werden. Weder wurde Lärm noch verstärkter Fahrzeugverkehr durch die Anwohner wahrgenommen.

Zu Frage 2:

Ist es richtig, dass es sich als Veranstaltungsort rechtsextremistischer Konzerte immer noch um das Objekt Triftweg 4 handelt?

Richtig ist, dass im besagten Objekt Personen wohnten, die der Szene zugerechnet werden konnten.

Wichtiger Hinweis: Die genannten eMail-Adressen dienen nur für den Empfang einfacher Mitteilungen ohne Signatur und/oder Verschlüsselung. Formgebundene Erklärungen (insbesondere Einhaltung der Schriftform) können daher nicht wirksam an die genannten eMail-Adressen übermittelt werden.

Für den Schriftwechsel
verwenden Sie bitte
grundsätzlich die
nachstehende Postfachadresse:

Postfach: 13 63
15203 Frankfurt (Oder)
Telefon 0335 552-0
Telefax 0335 552-1099
E-Mail: stadt@frankfurt-oder.de
Internet: www.frankfurt-oder.de

Unsere Allgemeinen Sprechzeiten:
Dienstag: 9.00-12.00 Uhr u. 13.00-18.00 Uhr
Donnerstag: 9.00-12.00 Uhr u. 13.00-16.00 Uhr
sowie nach Vereinbarung

Bankverbindung:
Sparkasse Oder-Spree
Konto-Nr. 170 010 04 98, BLZ 170 550 50
IBAN DE42 1705 5050 1700 1004 98
BIC WELADED110S
Gläubiger-ID: DE30ZZZ00000171216

Zu Frage 3:

Hat die Stadt zusätzliche Erkenntnisse über Art und Umfang der Veranstaltungen? Gibt es Informationen über Konzerte, die dort in diesem Jahr 2013 stattgefunden haben? Wenn ja, welche?

Der Verwaltung liegen aktuell keine Erkenntnisse vor.

Zu Frage 4:

Welche Maßnahmen ergreift die Stadt Frankfurt (Oder), um zu verhindern, dass es zu derartigen Veranstaltungen kommt und Frankfurt (Oder) zu einem festen Stützpunkt und einer Anlaufstelle von Rechtsextremisten aus ganz Brandenburg wird?

Grundsätzlich hat die Verwaltung wenig Möglichkeit, die Anmietung von Objekten im privaten Bereich zu beeinflussen. In Auswertung der Darstellungen des Verfassungsschutzberichtes zu den Konzerten im Jahr 2011 haben sich die zuständigen Fachämter der Verwaltung intensiv mit der besagten Liegenschaft und den Mietern beschäftigt. Von der Verwaltungsspitze wurde eine Koordinatorin gegen Extremismus benannt, die alle Aktivitäten der Ämter koordiniert und die behördlichen Möglichkeiten bündelt.

In dem konkreten Fall erging an die in Frage kommenden Mieter im November 2012 über die untere Bauaufsichtsbehörde die Nutzungsuntersagung. Zwischenzeitlich sind die Mieter ausgezogen. Wir gehen davon aus, dass von dieser Liegenschaft keine Gefährdungen für die öffentliche Ordnung und Sicherheit mehr ausgehen.

Für die zukünftige Vorgehensweise der Ämter wurde als Arbeitshilfe eine Handreichung zur verwaltungsbehördlichen Prüfung extremistischer Szeneobjekte erarbeitet. Ferner wurden die für die Vermietung und Verpachtung zuständigen Bereiche der Verwaltung zu diesem Thema sensibilisiert.

Dr. Martin Wilke
Oberbürgermeister